

REINHARD HEMPELMANN / HARALD LAMPRECHT (HG.)

Rechtspopulismus und christlicher Glaube



Evangelische Zentralstelle
für Weltanschauungsfragen

Reinhard Hempelmann	
Einführung	3
Phänomene – Deutungen – Einschätzungen	7
Harald Lamprecht	
Rechter Nationalismus und das Christentum	7
Liane Bednarz	
Christen in der AfD	25
Ulrich H. J. Körtner	
Kirchen und Rechtspopulismus in Deutschland und Österreich	48
Soziologische Aspekte	63
Armin Nassehi	
Fallen der Erzählbarkeit	
Wovon sich rechter und linker politischer Protest nährt	63
Gert Pickel	
Vorurteile und Feindbilder in offenen Gesellschaften – und was Religion damit zu tun hat	72
Biblisch-theologische Orientierungen und Handlungsperspektiven	85
Eckhard Zemmrich	
Die Universalität des Liebesgebotes	85
Johannes Berthold	
„Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde ...“	
Soziale und politische Konsequenzen eines alten Bekenntnisses	98

Harald Lamprecht Zu grob gerastert Warum mehr Streitkultur helfen könnte, die gesellschaftliche Spaltung zu überwinden	105
Dokumentation	111
Auszüge aus Wahlprogrammen der AfD	111
AfD-Austritt: „Da war das Maß voll“ Maria Fiedler im Gespräch mit Anette Schultner	116
Grundpositionen der AfD und die katholische Soziallehre Zusammenfassung einer sozialetischen Expertise	120
„Kirchen als Akteure für Gerechtigkeit und gegen Populismus“ Ergebnisse einer internationalen Konferenz	124
Die Autoren	129

Ulrich H. J. Körtner

Kirchen und Rechtspopulismus in Deutschland und Österreich¹

1 Kirchliche Reaktionen auf die Bundestagswahl 2017

Vertreter der evangelischen wie der katholischen Kirche in Deutschland haben erwartungsgemäß entsetzt auf den Wahlerfolg der AfD (Alternative für Deutschland) bei der Bundestagswahl 2017 reagiert, die in mehreren Ländern noch besser als im Bund abgeschnitten hat und in Sachsen überhaupt die stärkste Kraft wurde. Obwohl Angela Merkel und die große Koalition im Ganzen vor allem wegen ihrer Flüchtlingspolitik abgestraft wurden, ist die Kanzlerin der Ansicht, ihre Politik sei richtig gewesen, und auch im Wahlkampf habe sie im Großen und Ganzen nichts falsch gemacht. Wie sie haben auch die Kirchen das Wahlergebnis offenbar nicht richtig verstanden. Statt nur ihre Abscheu gegenüber der AfD zu bekunden, sollten sich die Kirchen selbstkritisch fragen, was sie möglicherweise zum Wahlerfolg dieser unappetitlichen Partei beigetragen haben, indem sie Merkels Politik vehement unterstützt und moralisch überhöht haben. Inzwischen entwickelt sich die AfD immer mehr zu einer rechtsextremen Partei, wie die Vorgänge rund um den Mord in Chemnitz Ende August 2018, die anschließenden Proteste und ihre Bewertung durch AfD-Vertreter gezeigt haben. Der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland hat zur „friedlichen Revolution“ aufgerufen, mit dem Ziel, das politische System in der Bundesrepublik zu stürzen, und AfD-Politiker wie der Fraktionsvorsitzende der AfD im Thüringer Landtag Björn Höcke sind in Chemnitz Seite an Seite mit Vertretern der fremdenfeindlichen Pegida marschiert.

Die evangelischen Kirchen zitieren gern den Satz des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, die Kirchen wollten zwar nicht selbst Politik machen, wohl aber Politik möglich machen. In der Flüchtlings- und Migrationspolitik vertreten sie in ökumenischem Schulterschluss zur römisch-katholischen Kirche einen moralischen Kosmopolitismus, der in letzter Konsequenz auf eine Politik der offenen Grenzen und die moralische Infragestellung des Rechtes eines Staates und seiner Bürger hinausläuft, Migration überhaupt zu begrenzen, weil die Rechtfertigungsgründe, um Menschen den Status eines Flüchtlings einzuräumen, immer weiter ausgedehnt werden. Arnold

¹ Erstveröffentlichung in: Amt und Gemeinde 67 (2017), 318 – 332. Für die vorliegende Veröffentlichung wurde der Text aktualisiert.

Gehlen hat diese Form der Überdehnung eines Ethos der Nächstenliebe als Hypermoral bezeichnet.²

Nun kann man eine solche Position ja durchaus vertreten. Das tun übrigens keineswegs nur Kirchenvertreter und andere Christenmenschen, sondern auch säkulare Philosophen und Politikwissenschaftler wie der in Toronto lehrende Politologe Joseph H. Caren. Es gibt freilich auch gute Gegengründe, wie sie besonders prominent der amerikanische Philosoph Michael Walzer vertritt, neuerdings auch der Oxforder Philosoph David Miller oder der Kieler Philosoph Konrad Ott.³ Die Kirchen haben jedoch den Eindruck erweckt, als ob die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin nicht etwa nur aus politischen, sondern auch aus moralischen Gründen alternativlos sei, und dafür theologische Begründungen geliefert, deren Stichhaltigkeit sich durchaus hinterfragen lässt.

Nicht selbst Politik machen, aber Politik möglich machen: Zivilgesellschaftlich tragen die Kirchen, die Kirchengemeinden und die Diakonie viel zur Versorgung und Integration von geflüchteten Menschen bei. Ihre zumeist gesinnungsethischen Positionen aber sind ein Teil des Problems und nicht etwa die Lösung. Selbstkritische und nachdenkliche Worte, wie sie der Wiener Erzbischof Kardinal Schönborn zum Jahresende 2016 sprach, suchte man bei den deutschen Kirchen vergeblich, übrigens auch bei den evangelischen Kirchen in Österreich. Schönborn gestand ein Umdenken in der Flüchtlingsfrage ein, habe ihn selbst doch die anfängliche Hilfsbereitschaft angesichts der großen Zahl an Flüchtlingen irgendwann überfordert.

Im Umgang mit der AfD haben die Kirchen in Deutschland einen zweiseitigen Kurs eingeschlagen. Zwar hat es nicht an besonnenen Stimmen gefehlt, die zur differenzierten Auseinandersetzung mit Funktionären und Anhängern der Partei aufgefordert haben. Auf dem Katholikentag 2016 wurde das Gespräch jedoch noch verweigert. Anders der Katholikentag 2018, anders auch der Deutsche Evangelische Kirchentag 2017. Berlins Bischof Markus Dröge diskutierte dort mit der AfD-Vertreterin Anette Schultner und legte gekonnt die Schwächen und Widersprüchlichkeiten ihrer Positionen bloß. Nach der Bundestagswahl hat er sich für eine harte, aber faire Auseinandersetzung mit der AfD ausgesprochen.

Es ist durchaus christlich geboten, gegenüber fremdenfeindlichen, rassistischen und demokratiefeindlichen Positionen im Wahlprogramm oder von Parteifunktionären klare Kante zu zeigen. Reflexhafte Aktionen „gegen Rechts“ wie die Kölner Initiative „Unser Kreuz hat keine Haken“, mit denen Parteimitglieder und Sympathisanten unterschiedslos als verkappte oder offene Nazis denunziert wurden, waren in dieser Pauschalität jedoch unsachlich und politisch kontraproduktiv. Auch mit dem Rassismusbegriff sollte sorgsam umgegangen werden. Er wird bisweilen gezielt in denunziatorischer Absicht

² Vgl. Arnold Gehlen: *Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik*, hg. von Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt a. M. 1994.

³ Vgl. Konrad Ott: *Zuwanderung und Moral*, Stuttgart 2016.

eingesetzt, um sich einer differenzierten Auseinandersetzung in politischen Sachfragen zu entziehen und sich gegen Kritik an der eigenen Position zu immunisieren.

2 Der Aufstieg von AfD und FPÖ

Tatsächlich hat sich die AfD von einer ursprünglich EU-kritischen zu einer nationalistischen, rechtspopulistischen Partei entwickelt, die in Teilen rechtsextrem ist und von der sich die Kirchen aus guten Gründen distanzieren. Es besteht aber die Gefahr, dass die gemäßigten politischen Kräfte wie auch die Kirchen in Deutschland dieselben Fehler wiederholen, die in Österreich begangen wurden und die dort zum Aufstieg der FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) geführt haben, die inzwischen eine feste Größe ist.

Bei einer großen Zahl von AfD-Wählern handelt es sich um Protestwähler, die keineswegs der Parteiideologie ungeteilt zustimmen. Wie man aber an der Erfolgsgeschichte der FPÖ sehen kann, können Protestwähler im Laufe der Zeit zu Stammwählern werden. Man sollte sich in Deutschland auch nicht damit beruhigen, dass die AfD nur wenig kompetentes Personal vorzuweisen hat. Das galt – ohne die genannten Parteien auf eine Stufe stellen zu wollen – auch für die Grünen oder die Linken in ihrer Anfangszeit. Dem „dritten Lager“ in Österreich haben selbst wiederholte Spaltungen bis heute nichts anhaben können. Auf die Selbstzerstörungskräfte des rechten politischen Spektrums zu setzen, ohne die eigene Politik zu überdenken, könnte sich als fataler Fehler erweisen. Die Entfremdung zwischen der etablierten politischen Klasse und Teilen der Bevölkerung ist auch nicht nur die Folge von Kommunikationsproblemen, sondern sie resultiert auch aus Konflikten über politische Inhalte.

Auch wenn die AfD in hohem Maße von Kirchenfernen gewählt worden ist, hat sie doch auch unter treuen Kirchenmitgliedern beider Konfessionen ein Wählerreservoir. Untersuchungen zeigen, dass die Volksparteien CDU, CSU und SPD bei Kirchenmitgliedern Verluste zu verzeichnen haben.⁴ Zwar schneiden alle drei Parteien immer noch relativ gut ab, wobei evangelische Wähler die SPD stärker als katholische Wähler favorisieren. Während aber unter Katholiken die FDP mit 11 % vor der AfD (9 %) auf dem dritten Platz rangiert, liegen AfD und FDP bei evangelischen Wählern mit jeweils 11 % gleichauf. Manches deutet darauf hin, dass der Einsatz der AfD für den Schutz ungeborenen Lebens und die Ablehnung von „Gender Mainstreaming“ oder „Frühsexualisierung“ durch den Sexualkundeunterricht wichtige Gründe sind. Solche Wähler

⁴ Vgl. [http://www.die-tagespost.de/politik/So-haben-Christen-gewaeholt;art315,182014,27.9.2017](http://www.die-tagespost.de/politik/So-haben-Christen-gewaeahlt;art315,182014,27.9.2017) (Abruf der in diesem Beitrag angegebenen Internetseiten: 4.10.2017).

fühlen sich zunehmend fremd nicht nur im eigenen Land, sondern auch in der eigenen Kirche, die sich scheinbar für alle Randgruppen und Lebensformen stark macht, nicht aber mehr für das eigene, als christlich verstandene Ehe- und Familienmodell. Ähnlich dürfte übriges der Befund für FPÖ-Wähler in Österreich aussehen.

Die Grünen finden bei 10 % der Protestanten und 8 % der Katholiken Zustimmung, „die Linke“ bei 7 % der Protestanten und 5 % der Katholiken. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Parteien am linken und am rechten Rand des politischen Spektrums bei evangelischen wie katholischen Kirchenmitgliedern deutlich schlechter als bei Konfessionslosen abgeschnitten haben. Von ihnen haben 17 % für die AfD und 16 % für „die Linke“ gestimmt.

Die Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen FPÖ im Jahr 2000, die bis heute einen verharmlosenden Umgang mit dem Nationalsozialismus pflegt und selbst Politiker mit rechtsextremen Anschauungen in ihren Reihen duldet, hat seinerzeit die Grundsatfrage aufgeworfen, wie man generell den Rechtspopulismus in Europa wirksam in seine Schranken weisen kann. Die evangelischen Kirchen in Österreich fühlten sich besonders herausgefordert, ist doch der Anteil an evangelischen Kirchenmitgliedern unter FPÖ-Wählern und -Funktionären mancherorts traditionell relativ hoch. Ihre Vorgängerpartei – der „Verband der Unabhängigen“ (VdU) – entstand nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur als Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten, sondern auch als Auffangbecken für deutschnationale Kräfte. In der 1956 aus dem VdU hervorgegangenen FPÖ gibt es noch immer einen deutschnationalen und nationalliberalen Flügel, der für sich das Erbe der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 und ihres nationalliberalen Gedankenguts reklamiert.

Die Gründe für den rasanten Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider und auch für ihre jüngsten Wahlerfolge liegen zu einem nicht geringen Teil in der Erstarrung des politischen Systems in Österreich nach 1945, nicht etwa darin, dass alle FPÖ-Wähler Nazis wären. Die gegen Österreich nach Bildung der schwarz-blauen Regierung unter Wolfgang Schüssel im Jahr 2000 von den übrigen EU-Staaten verhängten Sanktionen sollten den europaweit aufstrebenden Rechtspopulismus eindämmen und bewirkten doch eher das Gegenteil. Schüssel wollte die FPÖ gerade durch ihre Regierungsbeteiligung entzaubern, was teilweise, wenngleich auch nur vorübergehend, gelang. Die vom ehemaligen Bundeskanzler Franz Vranitzky ausgegebene SPÖ-Doktrin, niemals eine Koalition mit Haider oder Heinz Straches FPÖ einzugehen, hat sich im Laufe der Jahre abgenutzt. Sie ist vor der Nationalratswahl 2017 faktisch aufgegeben worden, auch wenn nun die ÖVP mit der FPÖ eine Koalition eingegangen ist. Klassische SPÖ-Wähler sind längst zu FPÖ-Wählern geworden, und im Burgenland regiert inzwischen die SPÖ in einer Koalition mit der FPÖ.

In Skandinavien liegen die Dinge ähnlich. In allen Ländern des Nordens, in denen rechtspopulistische Parteien sitzen, konnten sie ihren Stimmenanteil nicht nur halten, sondern sogar erhöhen.

Gern preist sich die FPÖ damit an, sie sei „natürlicher Partner der christlichen Kirchen“. Das ist zu bestreiten. Ein wehrhaftes Christentum à la FPÖ, das vor Antisemitismus und islamfeindlichen Parolen nicht zurückschreckt, widerspricht nach Geist und Buchstaben der neutestamentlichen Botschaft des Evangeliums. So gewiss die Auseinandersetzung mit politischem Extremismus auch auf einer moralischen Ebene geführt werden muss, so wenig können moralische Entrüstung, Menschenketten und Lichtermeere realpolitische Strategien ersetzen. Es wird dazu nötig sein, sich auf den unterschiedlichen Politikfeldern Punkt für Punkt mit der AfD auseinanderzusetzen und sie zu fordern. Eine Partei, die zum Beispiel nach eigenem Bekunden kein Rentenkonzept vorzuweisen hat, kann sich doch nicht im Ernst als politische Alternative für Deutschland aufspielen.

Der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich hat zur Nationalratswahl Fragen zur politischen Verantwortung veröffentlicht, die sich nicht gegen eine bestimmte Partei richteten, sondern den Zweck verfolgten, „das Gewissen zu schärfen, die eigene Meinung verantwortungsvoll zu prüfen und zu begründen und darüber freimütig mit anderen ins Gespräch zu kommen“⁵. Statt mit Pauschalverurteilungen der FPÖ haben sich Vertreter der evangelischen Kirchen in Österreich in den vergangenen Jahren anlassbezogen zu Wort gemeldet, wenn die Partei offen fremdenfeindliche Parolen verkündete oder christliche Symbole auf durchsichtige Weise für fremdenfeindliche Zwecke missbrauchte. Die Gratwanderung besteht freilich darin, die Kritik so anzubringen, dass sie nicht zur unbezahlten Wahlwerbung für die Rechtspopulisten wird, weil Skandalisierung und moralische Entrüstung für Schlagzeilen und die Mobilisierung der eigenen Anhänger sorgt. Nun haben die evangelischen Kirchen in Österreich wie in Deutschland deutliche Kritik an der Schließung der Balkanroute, die ganz wesentlich auf die Initiativen der österreichischen Bundesregierung zurückging, oder an der gesetzlichen Festlegung eines Richtwerts („Obergrenze“) geübt, wie sie auch die CSU in Bayern fordert. Solche Kritik wird freilich nicht schon allein damit ausreichend begründet, dass man dies als Übernahme „rechter“ Positionen brandmarkt. Die politische Herausforderung für die etablierten Parteien besteht darin, jene Wähler, die sie an den rechten oder linken Rand verloren haben, für eine gemäßigte Politik zurückzugewinnen. Ohne Korrekturen der eigenen Politik wird das jedoch kaum gelingen.

Bloße Ausgrenzung und Ächtung werden auch die AfD weiter stärken. Beschwörungsformeln wie die des rheinischen Präses Manfred Rekowski, man brauche jetzt eine „Koalition für ein offenes, soziales und gerechtes Deutschland, in dem Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit mehr zählen als Ausgrenzung und Angstmache“⁶, lesen sich als unverdrossenes „Weiter so“, das Sorgen bereitet, und zwar sowohl was die Zukunft der Kirche als auch diejenige des Landes betrifft. Derartige Appelle sind zweifellos gut

⁵ <http://www.oekumene.at/site/erklarungen/article/1810.html>.

⁶ Zit. in <https://www.domradio.de/themen/kirche-und-politik/2017-09-24/religionsvertreter-zur-bundestagswahl>.

gemeint, aber auch dazu geeignet, die politische Polarisierung in Deutschland und die Entfremdung zwischen den Menschen in Westdeutschland und denen in Ostdeutschland, die sich zunehmend unverstanden fühlen, zu vertiefen.

Die AfD ist beileibe nicht nur ein ostdeutsches Problem, auch wenn sie bei der Bundestagswahl in den ostdeutschen Bundesländern deutlich höhere Gewinne als in Westdeutschland zu verzeichnen hatte. Inzwischen ist sie in 14 der 16 Landtage vertreten, darunter sind acht westdeutsche Bundesländer und Berlin. 2016 erzielte die AfD in Baden-Württemberg 15,1 % und damit deutlich mehr als bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im selben Jahr (14,2 %) oder 2014 in Thüringen (10,6 %).

Die Wahlerfolge der AfD werden gern – ähnlich wie bei der FPÖ – mit Abstiegsängsten einkommensschwacher Schichten erklärt. Die beiden rechtspopulistischen Parteien finden aber auch unter Angehörigen der Mittelschicht und in Akademikerkreisen Anhänger. Ein Vordenker der neuen Rechten ist der Sloterdijk-Schüler Marc Jongen, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent an der Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe und einer der beiden Landessprecher der AfD in Baden-Württemberg. 2017 wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt. Parteivorsitzender der AfD (zusammen mit Alexander Gauland) ist der Wirtschaftswissenschaftler Jörg Meuthen, Professor an der Hochschule Kehl. Es wäre falsch, den Aufstieg der AfD als Resultat ökonomischer Konflikte zu interpretieren. Ginge es nur um mehr Gerechtigkeit in ökonomischer Hinsicht, hätte die SPD mit ihrem Wahlslogan „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ wohl kaum eine so krachende Niederlage eingefahren.

3 Multikulturalismus und Identität

Der Konflikt um die künftige deutsche und europäische Migrationspolitik ist nicht nur ein Stellvertreterkrieg für ökonomische Verwerfungen: weiter bestehende Einkommensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, höhere Arbeitslosigkeit und einen schwachen Mittelstand in Ostdeutschland. Es geht auch nicht nur darum, dass sich einkommensschwächere Schichten im Verteilungskampf um die Ressourcen des Sozialstaats in Konkurrenz zu den 2015/2016 eingewanderten Flüchtlingen und Migranten sehen – ob zu Recht oder nur subjektiv empfunden, sei an dieser Stelle offengelassen. Es handelt sich vielmehr auch um einen kulturellen Konflikt, was sich daran zeigt, dass es keineswegs nur unter Hartz-IV-Empfängern und Menschen mit niedrigem Einkommen oder in prekären Arbeitsverhältnissen, sondern auch in besser situierten Schichten der Gesellschaft Menschen gibt, die sich kulturell marginalisiert fühlen. Begriffe wie Identität, Heimat und Leitkultur stehen für kulturelle Werte, denen ein eigenständiger, von der Ökonomie unabhängiger Wert beigemessen wird.

Im Kern dreht sich der Konflikt um den Politikansatz des Multikulturalismus, heute gern auch Diversitätspolitik genannt. Die Kirchen stehen in diesem Konflikt erkennbar auf der Seite des Multikulturalismus. Nicht nur kulturelle, sondern auch religiöse Vielfalt wird heutzutage in kirchlichen Stellungnahmen als Bereicherung gepriesen. Selbst der Islam, obwohl er als nachchristliche Religion doch ausdrücklich den Wahrheitsanspruch des Christentums bestreitet, wird von kirchlichen Repräsentanten als „Bereicherung Europas“ begrüßt.⁷ Man kann dies als eine Frucht der ökumenischen Bewegung im 20. Jahrhundert und als Konsequenz aus den unseligen Folgen des Nationalismus be-greifen, der sich in zwei Weltkriegen entladen hat. Auf unterschiedliche Weise sind Religion und Nation in der Geschichte der verschiedenen christlichen Konfessionen eine enge Verbindung eingegangen. Inzwischen betont nicht nur die römisch-katholische Kirche als Weltkirche ihren transnationalen Charakter, auch wenn es in einem Land wie Polen noch immer eine spezifische Form des Nationalkatholizismus gibt. Auch der europäische Protestantismus hat in den zurückliegenden Jahrzehnten eine Abkehr vom Nationalismus vollzogen. Beispielsweise hat die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) auf ihrer Vollversammlung in Florenz 2012 ein Wort zur Lage in Europa verabschiedet, das einer Rückkehr zum Nationalismus eine deutliche Absage erteilt. Der Passus lässt freilich auch erkennen, wie schwierig es war, sich auf eine gemeinsame Aussage zu verständigen. Es heißt dort:

„Das Recht auf nationale Selbstbestimmung und auf Wahrung berechtigter nationaler Interessen ist von einem Nationalismus zu unterscheiden, der zu Konkurrenz und Feindschaft zwischen den Völkern und zur Unterdrückung von ethnischen Minderheiten führt. Der europäische Einigungsprozess ist gerade gegen den *Nationalismus* des 19. Jahrhunderts und seine schrecklichen Folgen im 20. Jahrhundert entstanden. Daher sind evangelische Kirchen – die z. T. selber in den Nationalismus tief verstrickt waren – diesem Prozess verbunden und unterstützen ihn.“⁸

Das Dokument verweist an dieser Stelle auf die Studie der GEKE „Kirche – Volk – Staat – Nation“ aus dem Jahr 2001.⁹ Zwischen Nationalismus und dem Recht auf nationale Selbstbestimmung wie auf Wahrung von nationalen Interessen, die man für berechtigt

⁷ Sogar der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. hat sich 2004 in einem Standard-Interview in diesem Sinne geäußert, zugegebenermaßen bevor unter Recep Tayyip Erdoğan die massive Re-Islamisierung der Türkei einsetzte. Vgl. <http://derstandard.at/1702247/Der-Islam-als-Bereicherung-der-Europaeischen-Union>.

⁸ Wort der Vollversammlung zur gegenwärtigen Lage in Europa, 4, <http://www.cpce-assembly.eu/media/pdf/Unterlagen/18-Wort-zur-Lage-DE.pdf>.

⁹ Vgl. Wilhelm Hüffmeier (Hg.): Kirche – Volk – Staat – Nation. Ein Beitrag zu einem schwierigen Verhältnis. Beratungsergebnis der Regionalgruppe der Leuenberger Kirchengemeinschaft Süd- und Südosteuropa (LT 7), Frankfurt a. M. 2002.

halten kann, wird also unterschieden, ohne die Frage zu klären, worin denn solche berechtigten Interessen materialiter bestehen können.

Eine Frage, die in diesem Zusammenhang durch die Globalisierung und die Zunahme von Migration an Schärfe gewinnt, ist die nach dem Verhältnis von kulturellen Mehrheitsrechten und Minderheitenrechten. Der an der Humboldt-Universität zu Berlin lehrende Soziologe und Migrationsforscher Ruud Koopmans identifiziert die Legitimitätskrise von kulturellen Mehrheitsrechten als Faktor, der den Aufstieg des nationalen Populismus in Europa wesentlich begünstigt. Als Folge der seit dem Zweiten Weltkrieg ausgeweiteten Minderheitenschutzbestimmungen ist die Verteidigung der Rechte nationaler Mehrheiten „weitgehend in einen Bereich außerhalb der akzeptierten normativen Ordnung“¹⁰ geraten. Koopmans beschreibt den daraus resultierenden Konflikt folgendermaßen:

„Für die eine Seite haben Mehrheiten keine rechtliche Grundlage, Privilegien ihrer Sprache und Kultur über andere Kulturen zu beanspruchen. Für die andere Seite, und dies ist der populistische Standpunkt, ergibt sich dieses Recht rein aus der demokratischen Legitimation von Mehrheitsentscheidungen.“¹¹

Die heute vorherrschende Interpretation der universellen Menschenrechte und des Antidiskriminierungsprinzips – insbesondere die UN-Definition von Minderheiten durch die Vereinten Nationen – schützt das Verlangen einer Gruppe, deren Minderheitsstatus betont wird, ihre kulturellen Traditionen zu erhalten. Im Unterschied zur UN-Definition indigener Völker wird der Minderheitsstatus aber nicht mit einem besonderen geographischen Territorium in Verbindung gebracht.

„Als Konsequenz ergibt sich daraus, dass sich diese Definition sowohl auf ‚nationale Minderheiten‘ (wie etwa die Schotten), als auch auf ethnische Gruppen (wie etwa die Türken in Deutschland), bezieht.“¹²

Koopmans vertritt in der politisch-philosophischen Diskussion im Anschluss an den kanadischen Philosophen Will Kymlicka eine zwischen Befürwortern und Gegnern des Multikulturalismus vermittelnde Position. Kymlicka argumentiert, dass die Verwurzelung in einer „gesellschaftlichen Kultur“ für die Entwicklung der individuellen Persönlichkeit eine wesentliche Voraussetzung darstellt.¹³ Solche Kulturen, die eine für ihre Mitglieder bedeutungsvolle Lebensweise in allen Lebensbereichen repräsentieren, basieren auf

¹⁰ Ruud Koopmans: *Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration* (Migration, Bd. 4), Berlin 2017, 194.

¹¹ Ebd., 195.

¹² Ebd., 202.

¹³ Vgl. Will Kymlicka: *Multicultural Citizenship. A Liberal Theory of Minority Rights*, Oxford 1995.

einer gemeinsamen Sprache und sind meist auch an ein bestimmtes Territorium gebunden. Kymlicka unterscheidet weiters zwischen historisch angestammten nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen, die aus Einwanderung hervorgegangen sind. Koopmans argumentiert nun wie Kymlicka, dass es nicht nur für die Anerkennung von Minderheitenrechten, sondern auch für die Anerkennung von kulturellen Rechten der Mehrheitsgesellschaft vier gute Gründe gebe. Der erste ist das Argument der logischen Konsistenz:

„Wenn Quebecer, Pueblo-Indianer und Friesen kulturelle Rechte fordern können, dann können dies auch Dänen oder Niederländer tun.“¹⁴

Der zweite Grund besteht darin, dass wir uns in puncto Minderheitenschutz nicht mehr in einer Situation wie vor dem Zweiten Weltkrieg und des Kolonialismus befinden.

„Was früher ein normativer Vorteil der kulturellen Mehrheiten war – nämlich, dass sie über ihre ‚eigenen‘ souveränen Nationalstaaten verfügten –, hat sich in eine normative Last verwandelt [...]. Dies ist gut und notwendig, insofern es Minderheiten gegen Unterdrückung durch die Mehrheit schützt, aber es hat den unvorhergesehenen und unerwünschten Effekt, dass die kulturelle Mehrheit in Nationalstaaten nicht länger eine normativ legitime Möglichkeit ist, ihre kulturelle Identität auszudrücken und ihre kulturellen Interessen zu verteidigen.“¹⁵

Der dritte Grund lautet, dass „das Fehlen einer legitimen normativen Basis für die kulturellen Forderungen von Mehrheiten“¹⁶ die öffentliche Debatte vergiftet und polarisiert. Als vierten Grund führt Koopmans an, „dass die Vorstellung, Mehrheitskulturen benötigten keinen besonderen Schutz, in einer globalisierten Welt immer weniger haltbar ist“¹⁷. Wie Kymlicka ist er der Ansicht, dass bei Konflikten zwischen den Ansprüchen einer Mehrheitskultur und einer durch Einwanderung entstandenen ethnischen Gruppe die Forderung der Mehrheitskultur stärker wiegen sollte, „weil sie keinen anderen Ort auf der Erde hat, wo sie in ihrer eigenen gesellschaftlichen Kultur leben kann. Die Minderheitengruppe hat durch Abwanderung freiwillig auf das Recht verzichtet, innerhalb ihrer eigenen gesellschaftlichen Kultur in ihrem Herkunftsland zu leben.“¹⁸ Koopmans plädiert nun allerdings nicht für die einseitige Durchsetzung der Mehrheitskultur, sondern für einen normativen Rahmen, der die kulturellen Rechte sowohl von Minderheiten als auch von Mehrheiten berücksichtigt. Solch ein Rahmen würde nicht nur der

¹⁴ Koopmans: Assimilation oder Multikulturalismus? (s. Fußnote 10), 212.

¹⁵ Ebd., 213.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Ebd., 214.

¹⁸ Ebd., 219.

gesellschaftlichen Realität, sondern auch „dem Gerechtigkeitsempfinden der meisten Menschen“¹⁹ genügen. Innerhalb eines solchen Rahmens bedarf es eines beständigen Aushandlungsprozesses, in dem die normativen Ansprüche der Mehrheiten wie der Minderheiten als legitim anerkannt und berücksichtigt werden.

Rechtspopulistische Parteien, wie es sie inzwischen in ganz Europa gibt, sind freilich an solch einem Aushandlungsprozess nicht interessiert. Sie vertreten eine Politik und Moral des Ressentiments, deren politische Logik dem Schema von Freund und Feind folgt, das der deutsche Staatsrechtler Carl Schmitt, der sich für den Nationalsozialismus engagierte, zum Grundmodell alles Politischen erklärt hat. In der Sprache der modernen Sozialwissenschaften gesprochen folgt die Politik des Rechtspopulismus der scharfen Logik von Inklusion und Exklusion von Einzelnen und ganzen Menschengruppen, die im Extremfall zu rechtlosen Objekten degradiert und auf ihr nacktes Leben reduziert werden, wie es der italienische Philosoph Giorgio Agamben in seinem Hauptwerk „Homo sacer“ beschreibt.²⁰

Die Logik von Inklusion und Exklusion wird auch im Umgang mit politischen Gegnern betrieben, verbunden mit einem demagogischen Missbrauch von Moral als politischer Waffe. Es sind gerade rechtspopulistische Parteien wie FPÖ oder AfD, die sich als Partei der Anständigen und Saubermänner gerieren und politische Auseinandersetzungen zu moralischen erklären, indem politische Gegner als „Verräter“ bezeichnet, Kritiker einer „Schmutzkübelkampagne“ bezichtigt oder Asylsuchende pauschal als Kriminelle diffamiert werden.

Das demokratiepolitische Problem besteht freilich darin, dass auf die rechtspopulistische Exklusionsrhetorik von demokratischen Kräften ihrerseits mit Exklusion reagiert wird. Stehen auf der einen Seite die selbsternannten „anständigen Deutschen“ oder Österreicher, so auf der anderen Seite die „anständigen Demokraten“. Auch sie konstruieren ein Wir, das kollektiv gegen die anderen steht: gegen die „Nazis“²¹, die „Faschisten“, die „Rassisten“, das „Pack“ (Sigmar Gabriel). Widersprüchlich ist diese Haltung jedenfalls dann, wenn Parteien wie die FPÖ oder die AfD nicht verboten sind und daher in den Parlamenten vertreten sein dürfen. Systemtheoretisch betrachtet finden vom politischen Mainstream ausgeschlossene Positionen auf dem Weg populistischer Parteien ihren Weg zurück in das System, das sie freilich ihrerseits auf widersprüchliche Weise für sich nutzen und zugleich bekämpfen wollen.

¹⁹ Ebd., 221.

²⁰ Vgl. Giorgio Agamben: Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben, Frankfurt a. M. 2002.

²¹ Der frühere deutsche Außenminister Joschka Fischer kommentierte das Wahlergebnis der AfD wie folgt: „Die großen Gewinner sind die neuen Nazis von der AfD, und es ist eine Schande für unser Land! Nach 72 Jahren sind sie also wieder zurück in einem nationalen deutschen Parlament“ (Joschka Fischer: Die Zeit nach Merkel hat begonnen, in: Der Standard, 26.9.2017, <http://derstandard.at/2000064810998/Die-Zeit-nach-Angela-Merkel-hat-begonnen>).

4 Politik des Ressentiments

Das Ressentiment begegnet nicht nur auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Es bricht sich auch in der Gestalt des „Wutbürgers“ Bahn.²² Wut ist nur ein anderes Wort für offen ausbrechende Ressentiments, die seit jeher die Politik beeinflussen oder von der Politik aktiv geschürt werden.²³ „Ressentiment“ übersetzt man am besten mit „heimlicher Groll“. Es handelt sich also nicht etwa nur um *Vorurteile*, denen allein auf der kognitiven Ebene mit guten Argumenten beizukommen wäre, sondern um negative Einstellungen gegenüber Einzelpersonen, Bevölkerungsgruppen, Völkern, Kulturen oder Institutionen, die mit Gefühlen starker Ablehnung verbunden sind. Auf der individuellen wie auf der kollektiven Ebene verbinden sich Ressentiments mit dem Gefühl, zurückgesetzt zu sein oder ungerecht behandelt zu werden.

Gängige Beispiele für kollektive Ressentiments sind Rassismus und Antisemitismus, Nationalismus, Antiamerikanismus, Antiislamismus oder Homophobie. Bei diesen Begriffen handelt es sich freilich keineswegs um neutrale Beschreibungskategorien, sondern um Termini, die ihrerseits moralisch und affektiv aufgeladen sind und im politischen Diskurs als Kampfbegriffe verwendet werden. Es gibt genügend Beispiele dafür, dass Kritik an der Politik des Staates Israel gegenüber den Palästinensern als Antisemitismus gebrandmarkt wird. Genauso gibt es aber auch Beispiele, dass eine tatsächlich latent oder offen antisemitisch motivierte Israelkritik sich vorab gegen Kritik zu verteidigen versucht, indem man schon im Vorhinein lamentiert, die eigene israelkritische Position werde bestimmt vom politischen Establishment oder vom Staat Israel und seinen Verteidigern als Antisemitismus verunglimpft. Oder es gibt, um ein weiteres Beispiel zu wählen, tatsächlich einen reflexhaften linken Antiamerikanismus, genauso aber die Strategie, Kritik an amerikanischer Politik oder an Entwicklungen in der politischen Kultur der USA pauschal als Antiamerikanismus zu verurteilen.

Ein besonders interessanter Fall ist der Begriff des Antiislamismus und sein schillernder Gebrauch. Oft wird er mit Angst vor dem Islam – Islamophobie genannt – oder Islamfeindschaft gleichgesetzt. Nun lässt sich nicht bestreiten, dass es pauschale Vorurteile gegen Muslime und den Islam als solchen gibt, die sachlich nicht gerechtfertigt sind und dazu führen, dass Muslime gegenüber anderen Menschen zurückgesetzt und ungerecht behandelt werden. Antiislamismus und Islamophobie sind aber von vornherein Kampfbegriffe eines politischen Islam, der die Strategie verfolgt, an ihm geübte Kritik auf die

²² Zum Folgenden vgl. Ulrich H. J. Körtner: Für die Vernunft. Wider Moralisation und Emotionalisierung in Politik und Kirche, Leipzig 2017, 41 ff.

²³ Vgl. Claus Leggewie: Populisten verstehen. Ein Versuch zur Politik der Gefühle, in: Karl-Rudolf Korte (Hg.): Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung, Baden-Baden 2015, 139–154, hier 144 ff.

selbe Ebene wie den Antisemitismus zu stellen und sich mit den Opfern des Holocaust auf eine Stufe zu stellen, dabei aber den unter Muslimen und in islamisch geprägten Ländern verbreiteten und staatlich geförderten Antisemitismus geflissentlich auszublenden. Zwischen einer der Aufklärung verpflichteten Kritik am Islam oder bestimmten Spielarten desselben und bloßem Ressentiment wird dabei nicht unterschieden.

Die Antwort auf die unterschiedlichen Spielarten von Rechts- oder Linkspopulismus wie auch von religiös motiviertem Extremismus besteht in einer Politik der Gefühle und des Ressentiments eigener Art. Aufgabe der Politik in einem pluralistischen, demokratischen Staat ist es, gegen Ressentiments vorzugehen, welche die Rechte und die Würde von Menschen verletzen und gefährden und komplexe politische Sachverhalte auf unzulässige Weise vereinfachen. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Innen- und der Außenpolitik, sondern auch der Bildungs- und der Medienpolitik. Die Zivilisierung von Emotionen und Gefühlen ist auch eine Aufgabe der Zivilgesellschaft – man denke nur an vorhandenen Rassismus im Sport, etwa im Fußball.

Ressentiments lassen sich freilich nicht einfach durch Werbekampagnen, wie „No to Racism“ im Fußball, oder Demonstrationen „gegen Rechts“ bekämpfen. Es genügt nicht, moralisch unerwünschte Gefühle durch Gegengefühle zu bekämpfen, also beispielsweise offenkundiger Islamfeindlichkeit Bilder von sympathischen syrischen Flüchtlingen entgegenzusetzen, so wenig die Macht der Bilder unterschätzt werden soll. Demokratie lebt aber ganz entscheidend vom vernünftigen Diskurs, vom Austausch der Argumente. Diese Grundlage der modernen Demokratie müssen wir uns neu bewusstmachen. Nicht nur die Macht, sondern auch das Gefühl beugt sich in einer funktionierenden Demokratie dem Argument und nicht umgekehrt das Argument der Macht der Gefühle.

5 Schlussfolgerungen

Um der Herausforderung durch den Rechtspopulismus zu begegnen, halte ich es für notwendig, die Debatte über universelle Menschenrechte, Minderheitenschutz und Mehrheitskulturen in der von Ruud Koopmans beschriebenen Richtung auch in den Kirchen zu führen. In dieser Richtung ist auch die innerkirchliche und theologische Debatte über das schwierige Verhältnis von Kirche, Volk, Staat, Nation und Kultur zu erweitern und zu vertiefen. Die GEKE-Studie „Kirche – Volk – Staat – Nation“ aus dem Jahr 2002 zeigt exemplarisch, dass sich der innerkirchliche Diskurs bisher vor allem auf die Anerkennung und den Schutz von Minderheitenrechten konzentriert hat. Die Aufgabe der „politischen Diakonie“ wird in diesem Dokument weitgehend mit dem Eintreten der Kirchen für die Menschenrechte und ihrem Einsatz für Flüchtlinge und Asylsuchende

gleichgesetzt.²⁴ Ohne diesen Einsatz relativieren zu wollen, halte ich es für notwendig, dass politische Diakonie oder Gesellschaftsdiakonie auch den kulturellen Rechten von Mehrheiten den gebührenden Rang zuerkennt; geleitet von dem aus dem Evangelium folgenden Auftrag, das friedliche Zusammenleben aller Menschen zu fördern.²⁵

Die Fixierung auf das Konstrukt eines kulturell homogenen Nationalstaates halte ich für abwegig. Für ein historisches Fehlurteil halte ich allerdings ebenso die auch in kirchlichen Kreisen anzutreffende Vorstellung, der Nationalstaat habe sich im Grunde schon längst überlebt und gehe ganz im europäischen Einigungsprozess auf. Die Forderung nach „mehr Europa“ als Antwort auf den Rechtspopulismus und auf Autonomiebestrebungen, wie in Katalonien, kann sich auf verhängnisvolle Weise kontraproduktiv auswirken. So berechtigt die Kritik an einem neu aufflammenden Nationalismus in Europa auch ist – die Kirchen sollten Begriffe wie Nation oder Kultur nicht den Falschen überlassen. Was die AfD betrifft, so stehen den Kirchen noch schwere Zeiten bevor, sollte das kirchliche Mainstream-Milieu in Deutschland auf AfD-Wähler nur mit Unverständnis und Abgrenzung reagieren. Gerade die Kirchen sollten das Gespräch mit den Menschen suchen, und zwar nicht etwa nur, um ihnen in der Manier von Besserwissern ihre vermeintlich völlig unbegründeten Ängste auszureden, sondern um ihnen auf Augenhöhe zuzuhören und mit ihnen über ihr Verständnis dessen, was christlich und christlicher Glaube ist, ins Gespräch zu kommen. Es geht nicht nur um Probleme der kulturellen Identität, von Mehrheits- und Minderheitenrechten, sondern auch um theologische Grundfragen im Bereich der Dogmatik.

Aller Rede von Öffentlicher Theologie zum Trotz meine ich, einen gewissen Mangel an Theologie zu beobachten. So erfreulich es ist, dass sich die Kirchen heute als Anwältinnen der Menschenrechte begreifen: „Die Kirche hat nicht Menschenrechte, sondern das Evangelium zu verkündigen“²⁶, wie ihr der evangelische Sozialethiker Martin Honecker ins Stammbuch schreibt. Wenn angesichts des Wahlerfolgs der AfD von kirchenleitenden Persönlichkeiten einmal mehr das Erbe Bonhoeffers, Barmens und der Bekennenden Kirche beschworen wird, sei doch die Frage gestattet, ob denn die heutige politische Situation in Deutschland oder in Österreich mit der NS-Zeit gleichgesetzt werden darf. Der prophetische Gestus ist doch oft nur eine Attitüde besoldeter Amtsträger. Zur Flüchtlings- und Migrationskrise sollte theologisch wohl noch mehr zu sagen sein, als in biblizistischer Manier immer nur das Gleichnis vom Weltgericht Matthäus 25 zu zitieren. Wenn es um den Wandel von Ehe und Familie oder die „Ehe für alle“ geht, sucht man nach gehaltvollen theologischen Argumenten weithin vergebens.

²⁴ Vgl. Hüffmeier (Hg.): Kirche – Volk – Staat – Nation (s. Fußnote 9), 68.

²⁵ Die GEKE-Studie hat dies durchaus im Blick wenn sie eine Aufgabe darin sieht, „auch die Minderheiten an ihre Verantwortung für das Gespräch und die gegenseitige Verständigung zu erinnern“ (ebd.).

²⁶ Martin Honecker: Auf der Suche nach Orientierung im Labyrinth der Ethik, Stuttgart 2017, 52.

Zumindest die EKD begnügt sich seit ihrem umstrittenen Familienpapier aus dem Jahr 2013²⁷ damit, Entscheidungen der Politik nachträglich ihren Sanctus zu geben.

Auffällig ist auch, dass sich die Kirchen mit dem politischen Islam längst nicht so entschieden auseinandersetzen wie mit der AfD und dem Rechtspopulismus. Selbst islamische Theologen wie Ednan Aslan in Wien und Mouhanad Khorchide in Münster warnen, dass Gefahren für die europäischen Gesellschaften keineswegs nur von denen ausgehen, die im Namen des Islam Gewalt ausüben, sondern auch von einem politischen Islam, der Extremismus dadurch nährt, dass er die Integration von Muslimen in Europa bekämpft. Den Erfolg der AfD wertet Khorchide als „Quittung dafür, dass die anderen Parteien die notwendige Debatte über den politischen Islam nicht wirklich geführt haben. Alle haben diese den Rechtspopulisten überlassen.“²⁸

Warnungen vor falsch verstandener Toleranz kommen noch immer vom ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden Wolfgang Huber, der die Kirchen auch dazu auffordert, das Evangelium als eigenen Glaubenskern wieder stärker hervorzuheben. Die EKD lässt solche klaren Worte meist vermissen. Auch die evangelischen Kirchen in Österreich üben sich in großer Zurückhaltung, wenn sie nicht überhaupt in der Absicht, für uneingeschränkte Religionsfreiheit und gegen jede Form der Diskriminierung religiöser Minderheiten aufzutreten, de facto die konservativen islamischen Kräfte unterstützen und es möglichst vermeiden, das Problem des politischen Islam anzusprechen. Das an sich richtige Bemühen um ein gutes Zusammenleben mit Muslimen darf jedoch nicht zulasten der theologischen Urteilskraft gehen, wofür die Arbeitshilfe der Evangelischen Kirche im Rheinland „Weggemeinschaft und Zeugnis im Dialog mit Muslimen“ ein trauriges Beispiel ist, weil sie nicht etwa nur berechtigterweise zur Zurückhaltung in der Frage der Mission auffordert, sondern den Missionsauftrag der Kirche praktisch aufgibt und insbesondere der Mission unter Muslimen die Berechtigung abspricht.²⁹

Das von der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD verfasste Impulspapier „Konflikt und Konsens“ vom August 2017³⁰ könnte eine Kurskorrektur in Fragen der politischen Ethik und der innerkirchlichen Debattenkultur einleiten. Sie ist schon

²⁷ Zwischen Autonomie und Angewiesenheit. Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken. Eine Orientierungshilfe des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Gütersloh 2013. Siehe dazu Ulrich H. J. Körtner: Hauptsache gerecht. Wie die EKD Familie neu zu denken versucht, in: ZEE 57 (2013), 243 – 248.

²⁸ Mouhanad Khorchide: Warum Sebastian Kurz kein Islamhasser ist, in: Der Standard, 6.10.2017, <http://derstandard.at/2000065500010/Warum-Sebastian-Kurz-kein-Islamhasser-ist>.

²⁹ Vgl. Evangelische Kirche im Rheinland: Weggemeinschaft und Zeugnis im Dialog mit Muslimen. Arbeitshilfe, Düsseldorf 2016. Zur Diskussion siehe die Beiträge in epd-Dokumentation 30, 2016; darin: Ulrich H. J. Körtner: Offenbarung und Verborgenheit Gottes angesichts der Religionen, 15 – 27. Zur Unaufgebarkeit christlicher Mission siehe Friedmann Eißler/Kai Funkschmidt (Hg.): Missionsverzicht? Mission, interreligiöser Dialog und gesellschaftlicher Frieden (EZW-Texte 248), Berlin 2017.

³⁰ Impulspapier „Konflikt und Konsens“, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/20170814_konsens_und_konflikt.pdf.

deshalb notwendig, weil das Modell der Konsensdemokratie mit dem Einzug populistischer Parteien in die Parlamente an seine Grenzen stößt. Es genügt nicht mehr, einen Wertekonsens zu beschwören, wenn bislang konsensfähige Werte Gegenstand des politischen Konfliktes werden, weil sich solch ein aufbrechender Wertkonflikt nicht durch die Berufung auf die strittigen Werte unterbinden oder entscheiden lässt. Hier zeigt sich dann auch der polemogene Charakter von Moral, die politische Konflikte keineswegs befriedet, sondern geeignet ist, sie anzuheizen.³¹

Das erwähnte Impulspapier der EKD führt richtigerweise aus, dass der populistische Impuls den politischen Prozess und damit die Demokratie durchaus stärken kann:

„Und zwar insofern, als er die etablierten politischen Kräfte zwingt, ihre eigenen Positionen neu zu schärfen und ‚responsiver‘ zu gestalten, also das Erleben von Beteiligung und Repräsentation zu verstärken. Solche Bestrebungen sind ohne Scheu vor einer intensiveren politischen Auseinandersetzung zu begrüßen. Denn politisch kontroverse Positionen, Parteien oder soziale Gruppierungen aus dem demokratischen Streit auszuschließen, kann durchaus auch im Interesse des Machterhalts derer liegen, die sich für eine solche Grenzziehung einsetzen. Es kann nämlich den eigenen Einfluss stärken, konkurrierenden Standpunkten keine Gelegenheit für die politische Auseinandersetzung zu bieten.“³²

Ob sich diese Linie in der EKD durchsetzen kann, bleibt abzuwarten. Jedoch braucht es nicht nur eine neue politisch-ethische, sondern auch eine neue theologische Streitkultur über den Kern und Grund des christlichen Glaubens, nicht nur in Deutschland, sondern auch bei uns in Österreich.

³¹ Vgl. Niklas Luhmann: Soziologie der Moral, in: ders./Stephan H. Pförtner (Hg.): Theorietechnik und Moral (stw 206), Frankfurt a. M. 1978, 8 – 116, hier 54.

³² Impulspapier (s. Fußnote 30), 24.